

A young man with dark, wavy hair is looking directly at the camera while reading a large red book. He is holding the book with both hands. The background is a blurred library with bookshelves. The text is overlaid on the book and the man's face.

**... NICHT  
VOM GELDBEUTEL  
DER ELTERN**

**FÜR MEHR CHANCENGLEICHHEIT IN DER BILDUNGSPOLITIK!  
EINE ARGUMENTATIONSHILFE DER JUSOS BAYERN**

# Inhaltsverzeichnis:

<b>Warum eigentlich Chancengleichheit?</b>	<b>3</b>
<b>Chancengleichheit: Keine Realität an Schulen und Hochschulen</b>	<b>6</b>
<b>Chancengleichheit jetzt</b>	<b>10</b>
• Chancengleichheit muss schon in der Schule anfangen! Büchergeld? Nicht mit uns!	10
• Chancengleichheit muss beim Hochschulzugang weitergehen!	13
• BAFöG - Ausbildungsförderung für mehr Chancengleichheit Das Drei-Körbe-Modell BAFöG – ein paar praktische Infos	14
• Studiengebühren – Nein danke! Studiengebühren fördern die soziale Selektion Studiengebühren: Kein Gebot der Gerechtigkeit Keine bessere Ausstattung der Universitäten Deutsche Studierende brauchen zu lange? Falsch! Studiengebühren: Ziel ist eine andere Gesellschaft	19
<b>Mehr Frauen in Forschung und Lehre</b>	<b>24</b>
<b>AnsprechpartnerInnen und Links</b>	<b>26</b>
• Juso-Landesverband Bayern • Juso-SchülerInnen Bayern • Juso-Hochschulgruppen in Bayern • Links	
<b>Luxusgut Bildung – Bessere Bildung für Bayern</b>	<b>30</b>
<b>Weitere Materialien zum Thema Bildung</b>	<b>31</b>

## Impressum:

Hrsg.: JungsozialistInnen in der SPD (Jusos) - Landesverband Bayern,  
Markus Grill, Landesgeschäftsführer  
Oberanger 38, 80331 München, Tel.: 089 - 23 17 11 - 37, Fax: 089 - 23 17 11 - 39  
E-Mail: buero@jusos-bayern.de, Homepage: www.jusos-bayern.de  
Text & Redaktion: Philipp Dees, André Pöhler, Katrin Sell  
V.i.S.d.P.: Markus Grill  
Gestaltung: Gegensatz, Regensburg, Druck: Kartenhaus Kollektiv, Regensburg  
Erstellt März 2007; Die Grafiken wurden auf der Zahlenbasis des Deutschen Studentenwerkes  
und des Statistischen Bundesamtes erstellt.

Studiengebühren, Büchergeld, die Ergebnisse der PISA-Studie: Die soziale Auslese im deutschen Bildungssystem ist in den vergangenen Jahren wieder verstärkt in der Diskussion geraten. Deutschlandweite und internationale Studien wie TIMMS, PISA, IGLU und die Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks (DSW-Studien) zeigen, dass Chancengleichheit in Deutschland nicht verwirklicht ist.

Das Problem wurde durch die Einführung von Studiengebühren und Büchergeld in Bayern noch verstärkt. Kinder aus sozial schwächeren Familien werden schlecht gefördert, die finanzielle Ausstattung und der kulturelle Hintergrund des Elternhauses bestimmen nach wie vor die Zukunftschancen von jungen Menschen in Deutschland.

„Chancengleichheit“ heißt für uns Jusos, dass der Zugang zu Bildung nicht abhängig sein darf von der sozialen Herkunft, dem Geschlecht oder dem Guthaben auf dem Konto. Echte Chancengleichheit führt zu mehr Gleichheit im Ergebnis – was nicht gleichzusetzen ist mit Gleichmacherei. Chancengleichheit muss sich beispielsweise real in der sozialen Zusammensetzung der Studierenden niederschlagen.

Nachdem die Bildungspolitik in den 1970er Jahren von der SPD-Bundesregierung unter den Gesichtspunkten Chancengleichheit, Mitbestimmung und Demokratie geführt wurde, wird Bildungspolitik heute gerade von liberalen und konservativen Kreisen vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der angeblichen Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland behandelt. Das beinhaltet stärkere Selektion, mehr Druck und weniger Mitbestimmung von SchülerInnen und Studierenden.

Zum Positiven wird kaum etwas geändert: Zwar hat nach der Bildungsschlagspolitik der Regierung Kohl die frühere rot-grüne Bundesregierung mit ihrer BAföG-Reform 2000 dafür gesorgt, dass wieder mehr Studierende finanziell vom Staat unterstützt werden (2005 erhielten 19,9 Prozent der Studierenden BAföG)<sup>1</sup>, doch die Ungleichheit im Bildungssystem ist noch

lange nicht beseitigt. Vielmehr müssen wir befürchten, dass sie sich verstärkt: Insbesondere durch die eingeführten Studiengebühren, durch die Diskussion um und Einführung von Elitestudiengängen, Auswahlverfahren der Hochschulen für die angeblich „geeignetsten“ Studierenden sowie Übergangshürden vom Bachelor- (BA) zum Masterstudiengang (MA).

Konservative und Liberale behaupten, Chancengleichheit sei bereits verwirklicht: Egal aus welcher Schicht man komme, welche Nationalität oder welches Geschlecht man habe – alle hätten in Deutschland die gleichen Möglichkeiten, einen Studienabschluss zu erreichen. Allein Leistungswille und Fleiß seien nötig. Das ist schlichtweg falsch und durch Studien widerlegbar.

**„Bloß weil daheim nichts ist, darf die Universität nicht als Wärmequelle missbraucht werden.“**

Thomas Goppel, bayer. Wissenschaftsminister

Nur formal bestehen in Deutschland gleiche Chancen – beispielweise wird niemand mit Waffengewalt am Schulbesuch gehindert –, tatsächlich aber wurde die Struktur der Ungleichheit nicht durchschlagend verändert. Der Zugang zu Bildung hängt noch immer vom Geldbeutel und von der Schichtzugehörigkeit der Eltern ab.

Inwieweit Chancengleichheit zur Gleichheit im Ergebnis führen muss, ist eine Frage des Grundverständnisses von Bildung. Für uns Jusos ist klar: Bildung soll in erster Linie dem Menschen dienen und persönliche sowie gesellschaftliche Emanzipation ermöglichen. Schule und Hochschule sind nicht nur dazu da, aufs spätere Berufsleben vorzubereiten!

Bildung ist ein wesentlicher Faktor, der über die Möglichkeiten im Leben bestimmt. Bildung muss jedem Menschen Entfaltungsmöglichkeiten, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung sowie kritisches Denken ermöglichen. Wir wollen, dass alle Menschen sich an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligen und alle Formen der Mitbestimmung nutzen können. Selbst- und Mitbestimmung aber setzen Information voraus – deshalb darf niemand von Informationen und Bildung ausgeschlossen werden!

Insbesondere an Hochschulen können Forschung und Lehre im gesellschaftlichen Interesse betrieben werden. So können dort Konzepte zur Lösung wichtiger Zukunftsfragen erarbeitet werden, zum Beispiel zu Frieden, Arbeitslosigkeit, Gleichstellung von Männern und Frauen, Umweltschutz. Dazu müssen sich Hochschulen der Verwertbarkeitslogik der Wirtschaft entziehen.

Bleiben aber gesellschaftliche Schichten vom Hochschulzugang ausgeschlossen, bleiben auch deren Interessen in der Forschung unberücksichtigt. Ein Forschungs- und Lehrbetrieb, der auf die Interessen von jungen Internetbrokern ausgerichtet ist, wird sich weniger damit beschäftigen, wie hoch Sozialhilfesätze und Mindestlohn sein müssen, um Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen. Auch haben männliche Professoren in der Regel weniger Interesse an Frauenforschung und Gleichstellungsfragen – daher muss der Frauenanteil in Forschung und Lehre dringend erhöht werden.

Auch ökonomische Gründe sprechen für mehr Chancengleichheit: Die Wirtschaft braucht immer mehr AkademikerInnen und ArbeitnehmerInnen mit hohem Bildungsniveau – schon heute wird in einigen Branchen ein FacharbeiterInnenmangel befürchtet.

Mit dieser Broschüre wollen wir einige Fakten über das deutsche Bildungssystem vermitteln. Ein Schwerpunkt liegt aus aktuellem Anlass auf der Frage nach Studiengebühren, die nie sozial gerecht sein können. Wir hoffen, mit der Publikation den Kampf für eine bessere, egalitäre Bildungspolitik unterstützen zu können. Bildung ist nicht für die Wirtschaft, sondern für den Menschen da!

---

<sup>1)</sup> 17. Bericht der Bundesregierung nach Paragraph 35 BAföG, [www.studentenwerke.de/pdf/Zahlen\\_17\\_Bericht.pdf](http://www.studentenwerke.de/pdf/Zahlen_17_Bericht.pdf)

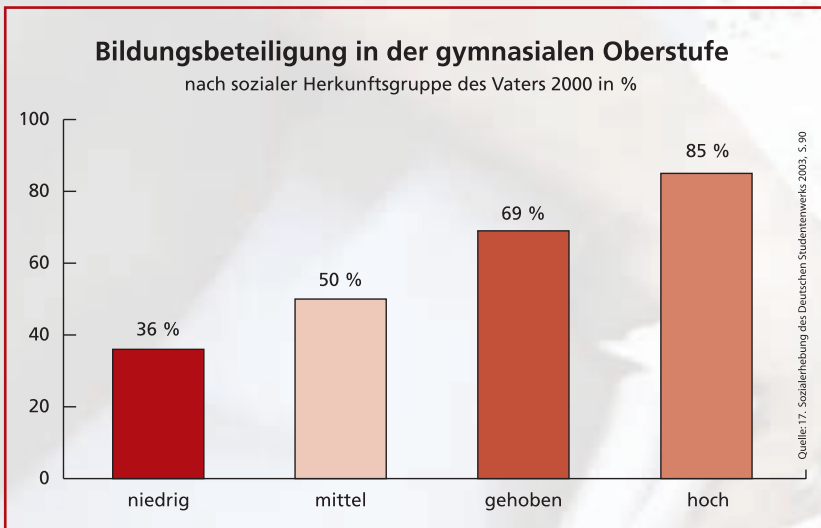
# Chancengleichheit

## Keine Realität an Schulen und Hochschulen

Derzeit gibt es keine Chancengleichheit in der Bildung. Zwar hat nach den Gesetzen jeder und jede das Recht, Schulen und (mit Abitur) Hochschulen zu besuchen. In der Realität hängt es aber vor allem von der sozialen Herkunft ab, also dem Einkommen, dem Beruf, der Ausbildung der Eltern, welchen Bildungsweg ein Kind einschlägt. Diese Entscheidung ist dann meist für den Rest des Lebens festgelegt. Diesen Zusammenhang belegen eine Reihe von empirischen Untersuchungen, so die „PISA“-Studie der OECD 2001/02 und die Sozialerhebung, die das Deutsche Studentenwerk in regelmäßigen Abständen durchführt. Die im Folgenden vorgestellten Ergebnisse stammen aus diesen Untersuchungen.<sup>2</sup>

### Auslese an Bayerns Schulen

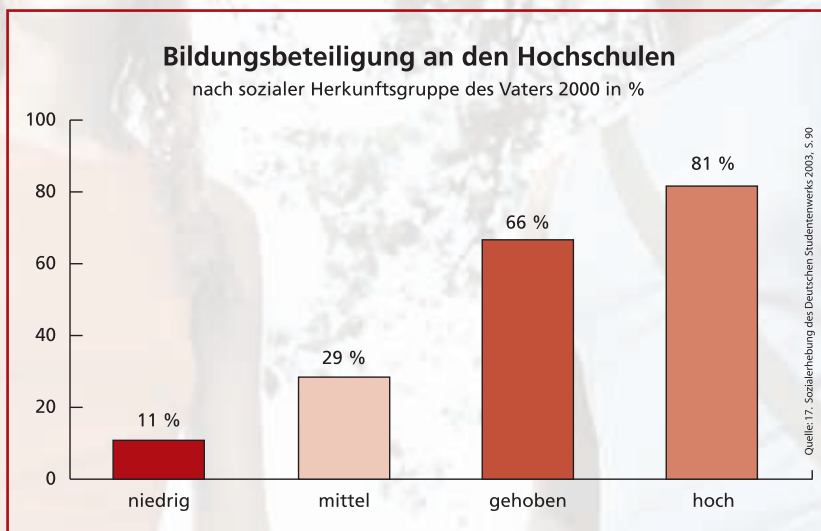
Die soziale Auslese fängt schon in der Schule an. Entscheidend ist der Übergang von der 10. zur 11. Klasse. Kinder, die sich in der 11. Klasse befinden (sei es am Gymnasium oder an der Fachoberschule), können nach dem erfolgreichen Abschluss die Hochschule besuchen. 11. Klassen sind somit „weiterführend“. Bereits den Übertritt in die 11. Klasse schaffen überproportional nur Kinder aus gehobenen sozialen Schichten.



Der Anteil der Kinder, die in die 11. Klasse übertreten, nimmt mit steigender Schulbildung des Vaters, steigendem Familieneinkommen, höherer sozialer Herkunft sowie mit steigender beruflicher Stellung des Vaters zu. Insbesondere in Bayern wird früh selektiert: Schon in der 4. Klasse wird entschieden, ob ein Kind aufs Gymnasium oder auf die Realschule geht oder nicht. „SpätentwicklerInnen“, also SchülerInnen, bei denen sich erst nach der 4. Klasse zeigt, dass sie das Abitur schaffen könnten, sind klar im Nachteil. Theoretisch ist der Übertritt von der 10. Klasse Realschule und der Hauptschule an das Gymnasium möglich. Tatsächlich ist das nur die Ausnahme. In Bayern passiert das besonders selten, da in der Realschule oft keine zweite Fremdsprache gelehrt wird. Die braucht man aber für den Übertritt an das Gymnasium. Das neue achtjährige Gymnasium (G8) errichtet weitere Hürden für den Übertritt von der Realschule ans Gymnasium.

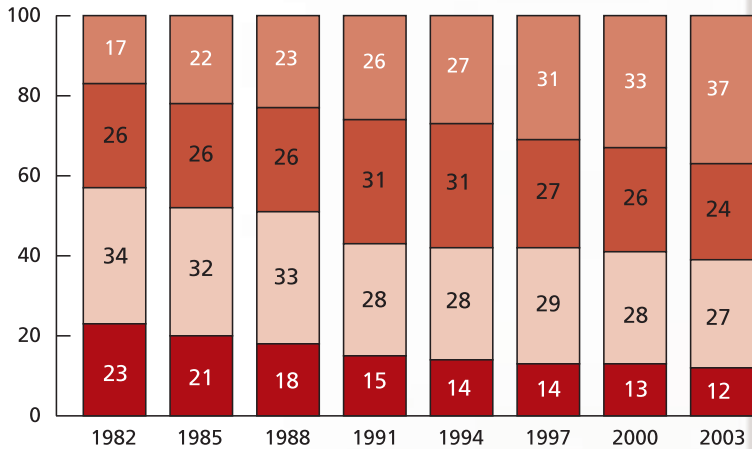
### Arbeiterkinder studieren weniger

Noch deutlicher zeigt sich beim Zugang zu Hochschulen, wie Menschen aufgrund ihrer sozialen Herkunft benachteiligt werden. Nur 11 Prozent der Kinder aus niedrigen sozialen Schichten studieren. Bei den Kindern aus der höchsten sozialen Schicht sind es 81 Prozent.



Auch die „Selbstrekrutierungsquote“ von AkademikerInnen ist sehr hoch: Hat der Vater Abitur, dann studiert mit einer Wahrscheinlichkeit von 84 Prozent auch das Kind. Verfügt der Vater dagegen „nur“ über einen Hauptschulabschluss, dann studiert das Kind nur in 37 Prozent der Fälle.

### Soziale Zusammensetzung der Studierenden 1982-2003 in %

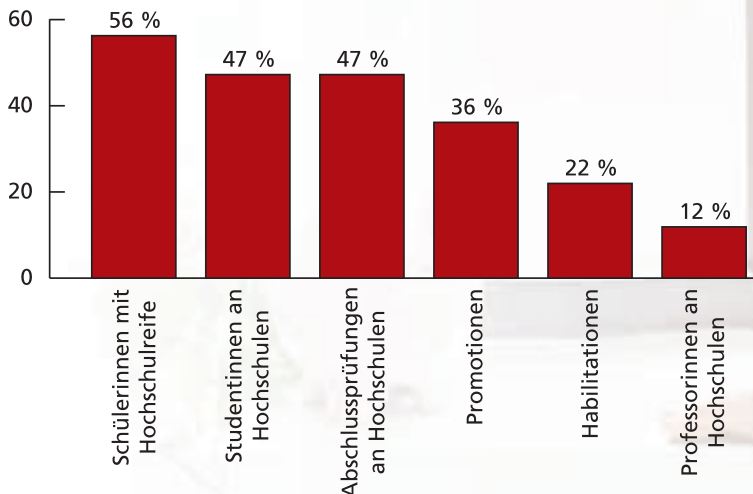



Quelle: 17. DSW-Sozialerhebung 2004, S. 13, ab 1991 Gesamt-, davor nur Westdeutschland

hoch gehoben mittel niedrig

### Frauenanteil mit fortschreitender Wissenschaftskarriere (2002 in %)

Quelle: Statistisches Bundesamt





Wie stark der Zugang zur Hochschulbildung von der Stellung der Eltern abhängt, ist von der Politik der Länder und des Bundes abhängig. Das Studentenwerk nennt als Faktoren, die die Chancengleichheit verbessern, die Studienfinanzierung (BAFöG) und Studiengebührenfreiheit. Auch ein gerechteres Schulsystem und ein erweiterter Hochschulzugang können die Chancengleichheit verbessern. Deshalb machen wir im nächsten Kapitel dafür Vorschläge. Die bayerische Staatsregierung verfolgt das Ziel, das Abitur nur für wenige zu ermöglichen und die Zahl der Studierenden gering zu halten. Denn in den Augen der bayerischen Staatsregierung ist dies ein Merkmal für die Qualität des bayerischen Bildungssystems. Der Ist-Zustand entspricht dem Gesellschaftsbild der CSU. Für die Konservativen gibt es eine kleine Elite und eine große Masse, die von dieser scharf abgetrennt bleiben soll. Dass Bildung eigentlich für alle verfügbar sein sollte, und dass Bayern auch aus wirtschaftlichen Gründen mehr gut qualifizierte Menschen benötigt, wird von der CSU aus ideologischen Gründen ignoriert.<sup>3</sup>

### **Frauen haben die schlechteren Karten.**

Frauen machen die besseren Schulabschlüsse und die besseren Hochschulabschlüsse. Bei der Wissenschaftskarriere haben die Männer trotzdem die Nase vorn. Zwar machen mehr Frauen als Männer Abitur, bei den StudienanfängerInnen sind aber nur noch 47,8 Prozent Frauen, das ist ein bisschen weniger als ihr Anteil an der Bevölkerung (51,1 Prozent). Je weiter man in der Wissenschaft kommt, desto geringer wird dann der Anteil der Frauen: Bei den Promotionen liegt er nur noch bei 39,6 Prozent, bei den Habilitationen, die es neben der Juniorprofessur ermöglichen, ProfessorIn zu werden, bei 23,0. Der Anteil der Frauen an der gesamten ProfessorInnenschaft beträgt nur 14,3 Prozent – und in Bayern sind es mit 9,4 Prozent noch viel weniger, weil sich die CSU seit Jahren weigert, die Berufung von Frauen auf ProfessorInnenstellen voranzutreiben.<sup>4</sup>

<sup>2)</sup> u.a. Wolfgang Isserstedt u.a.: *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2003*  
17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem; Bonn, Berlin 2004

<sup>3)</sup> [www.bmbf.de/pub/bildungs\\_und\\_forschungspolitik.pdf](http://www.bmbf.de/pub/bildungs_und_forschungspolitik.pdf)

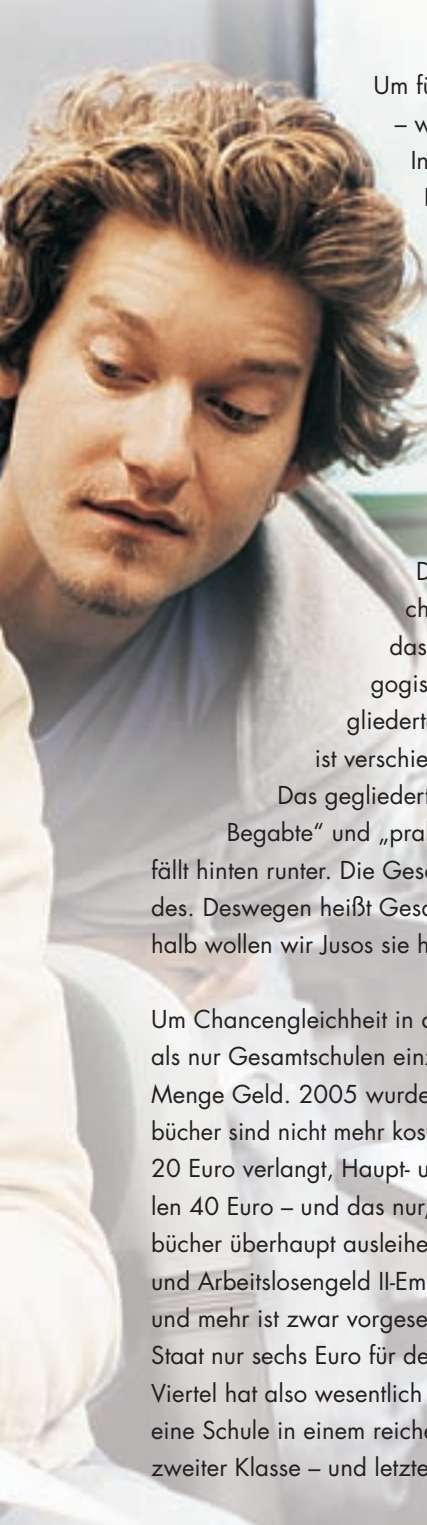
<sup>4)</sup> *Zahlen für 2005, Quellen: Statistisches Bundesamt, Bayerisches Wissenschaftsministerium*

## Chancengleichheit jetzt!

Chancengleichheit muss schon in der Schule anfangen!



Um Chancengleichheit zu schaffen, muss man in der Schule – und sogar davor bei der frühkindlichen Bildung – anfangen. Denn wenn einmal soziale Ungleichheit geschaffen ist, dann ist es schwer, sie wieder auszugleichen. Dass die soziale Herkunft beim Erfolg im bayerischen Schulsystem so eine große Rolle spielt, hat viele Gründe. Der wichtigste ist die frühe Entscheidung über die Schullaufbahn. Denn wenn Kinder in die Schule kommen, haben sie ganz unterschiedliche Voraussetzungen: Die einen haben eine Kindertagesstätte besucht und können vielleicht schon etwas lesen und schreiben. Bei anderen Kindern konnten sich die Eltern die Kindertagesstätte nicht leisten. Um diese Unterschiede auszugleichen, fordern wir, dass der Besuch von Kindertagesstätten kostenlos wird. Außerdem müssen kleinere Gruppen und mehr ausgebildete MitarbeiterInnen pro Kind in Kindertagesstätten eine individuelle Förderung der Kinder möglich machen. Die Unterschiede setzen sich in der Schule fort: Die Eltern des einen Kindes können während der Schulzeit Nachhilfestunden bezahlen oder haben selbst die Schulbildung, um ihren Kindern Nachhilfe zu geben. Andere Eltern können das nicht. Manche Eltern können häufig die Sprechstunde besuchen und so Einfluss auf den Lehrer oder die Lehrerin und ihr Kind nehmen. Andere wollen dies noch nicht einmal oder haben nicht die Zeit – oder sie sprechen kein Deutsch und haben deswegen Schwierigkeiten, ihrem Kind zu helfen. Schule ist auch dafür da, um all dies – die unterschiedlichen Voraussetzungen beim Schulbeginn wie auch die Ungleichheit beim Zugang zu privater Förderung – auszugleichen. Die meisten GrundschullehrerInnen geben sich viel Mühe. Die vier Jahre in der Grundschule sind aber viel zu kurz, um die sozialen Unterschiede zu beseitigen. Deswegen gehen so viele Kinder aus sozial schwachen Elternhäusern nicht auf das Gymnasium, obwohl sie die Fähigkeiten dafür hätten.



Um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, fordern die Jusos – wie auch gerade in letzter Zeit immer mehr PolitikerInnen und Eltern –, dass alle Kinder bis zur zehnten Klasse gemeinsam unterrichtet werden sollen. Internationale Untersuchungen haben gezeigt: In vielen Ländern, die Gesamtschulen haben, sind auch die guten SchülerInnen besser als in Deutschland. Und gleichzeitig können auch Kinder sozial schwächerer Herkunft eine gute Ausbildung erhalten. Kinder werden schon in der Grundschule individuell gefördert, statt sie nur auf das Bestehen des „Grundschul-Abiturs“ zu trimmen.

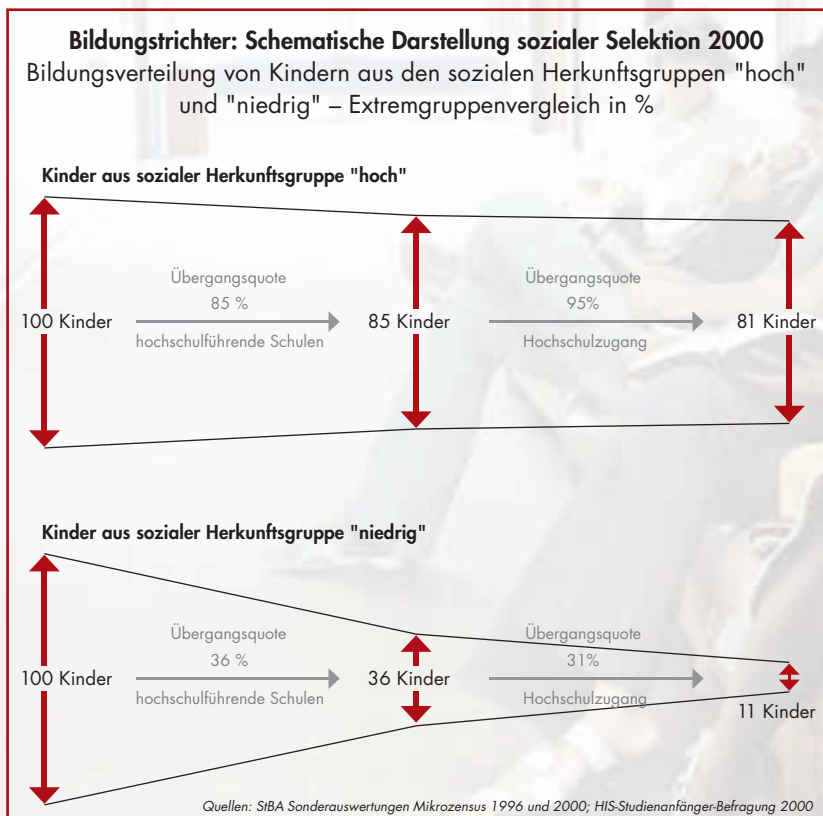
Die Gesamtschule bedeutet keineswegs Gleichmacherei. Im Gegenteil: Wird sie richtig ausgestaltet – das bedeutet vor allem kleine Klassen und gute pädagogische Konzepte –, dann kann sie anders als das gegliederte Schulsystem alle Kinder fördern. Denn jedes Kind ist verschieden. Jedes Kind hat unterschiedliche Interessen.

Das gegliederte Schulsystem bietet aber nur Platz für „theoretisch Begabte“ und „praktisch Begabte“. Wer Fähigkeiten dazwischen hat, fällt hinten runter. Die Gesamtschule bietet Raum für die Förderung jedes Kindes. Deswegen heißt Gesamtschule auch: Mehr Chancen für alle. Und deshalb wollen wir Jusos sie haben.

Um Chancengleichheit in der Schule zu schaffen, muss aber mehr passieren als nur Gesamtschulen einzuführen. Denn Schule kostet die Eltern auch eine Menge Geld. 2005 wurde in Bayern das Büchergeld eingeführt, d.h. Schulbücher sind nicht mehr kostenfrei auszuleihen. Von GrundschülerInnen werden 20 Euro verlangt, Haupt- und RealschülerInnen sowie GymnasiastInnen zahlen 40 Euro – und das nur, damit die SchülerInnen die häufig veralteten Lehrbücher überhaupt ausleihen dürfen! Eine soziale Abfederung für Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen und für Familien mit drei Kindern und mehr ist zwar vorgesehen, doch fehlt das Geld dann der Schule, da der Staat nur sechs Euro für den Ausfall übernimmt. Eine Schule in einem ärmeren Viertel hat also wesentlich weniger Geld für Schulbücher zur Verfügung als eine Schule in einem reichen Einzugsgebiet. So entstehen Schulen erster und zweiter Klasse – und letztendlich SchülerInnen erster und zweiter Klasse.

Daneben kosten auch Hefte, Stifte, Sportsachen, Schulausflüge und Klassenfahrten eine Menge. Nicht alle Eltern können das Geld dafür aufbringen. So fallen in der 7. Klasse am Gymnasium bis zu 1.232 € an, in der 10. Klasse (M-Zug) einer Hauptschule bis zu 982 €. Weitere Belastungen der Eltern darf es nicht geben. Das Büchergeld muss sofort wieder abgeschafft werden.

Wir brauchen vielmehr zusätzliche und weiter gehende Fördermöglichkeiten, damit auch Kinder aus sozial schwachen Haushalten gute Bedingungen in der Schule haben. Ein Schritt dazu ist, das SchülerInnen-BAföG wieder einzuführen. Die Regierung Kohl hat es 1982 bis auf wenige Ausnahmen abgeschafft. Seit der BAföG-Reform der rot-grünen Regierung 2000 bekommen zwar wieder mehr SchülerInnen BAföG. Dies reicht aber noch lange nicht aus. Wir wollen ein umfassendes BAföG für SchülerInnen, damit alle es zur Uni schaffen, die dies können und wollen. Denn bisher müssen einige SchülerInnen die Schule abbrechen, weil die Geldnot ihrer Eltern sie zwingt, eine Ausbildung zu machen.



## Chancengleichheit jetzt!

Chancengleichheit muss beim Hochschulzugang weitergehen!

Derzeit studieren knapp zwei Millionen Menschen in Deutschland. Die meisten davon erlangen ihre Berechtigung zum Studium durch das Abitur, das ja auch „allgemeine Hochschulreife“ genannt wird. Wir sind aber der Ansicht, dass ein Studium nicht nur Menschen mit Abi vorbehalten sein darf. Vielmehr müssen sich die Hochschulen öffnen, so dass beispielsweise in einem ersten Schritt auch Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung und Berufserfahrung studieren können. Wir müssen uns aber auch fragen: Warum soll nicht jedeR studieren können, der oder die das möchte? Schadet Bildung etwa dem Menschen? Entstehen dadurch schlechtere Arbeitschancen? Entstehen für die Gesellschaft Nachteile, wenn möglichst viele umfassend gebildet sind und Zusammenhänge erkennen? Mit Sicherheit nicht! Bildung ist für die gesellschaftliche Entwicklung, die persönliche Emanzipation und letztlich auch für die Arbeitsmöglichkeiten wichtig. Deswegen muss auch der Hochschulzugang für alle Menschen geöffnet werden. Seit dem Wintersemester 2005/06 werden nur noch 20 Prozent der Studienplätze an diejenigen mit den besten Abi-Noten vergeben. Weitere 20 Prozent werden nach Wartezeit verteilt. Die restlichen 60 Prozent werden durch Auswahlverfahren der einzelnen Hochschulen vergeben. Demnächst soll die zentrale Vergabe von Studienplätzen durch die ZVS sogar ganz abgeschafft werden, die Verteilung erfolgt dann nur noch an den Hochschulen selbst. Die damit eingeführten „Eignungstests“ oder Auswahlverfahren widersprechen dem Ziel des offenen Hochschulzugangs. Hochschulen wollen sich vermehrt ihre Studierenden selbst aussuchen. Wer nicht ins Raster des Auswahlgremiums passt, hat Pech gehabt. Oft haben Kinder aus niedrigen sozialen Schichten ein weniger weltläufiges Auftreten oder nicht so konkrete Vorstellungen, was sie beim Studium erwartet, so dass sich so erneut Nachteile für sie ergeben können. Ihre Eltern können ihnen in der Regel auch weniger bei der Vorbereitung für Auswahltests helfen als die Eltern von Akademikerkindern. Für die Studierenden können sich durch Auswahlverfahren große Kosten anhäufen: Porto fürs Verschicken der Bewerbungen, Fahrkarten zu den einzelnen Bewerbungsgesprächen – problematisch vor allem für Menschen aus ärmeren Verhältnissen. Zudem wird kritisches Denken durch Auswahlverfahren mit Sicherheit nicht gefördert – wer widerspricht schon den Ansichten der Jury, die über die Zukunftsmöglichkeiten entscheidet?

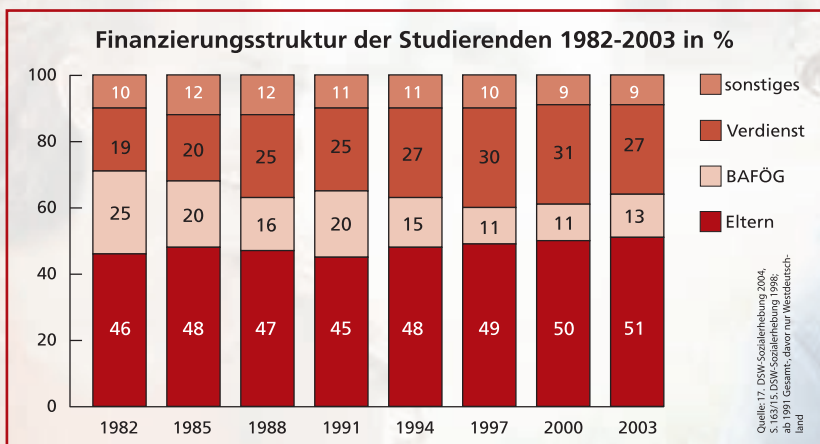
Außerdem wissen wohl alle, die studieren wollen, selbst am Besten, warum sie sich für ein bestimmtes Fach oder einen Studienort entscheiden. Anstelle Auswahlverfahren einzurichten, sollte die Studienberatung verbessert und die Studieneingangsphase offener gestaltet werden. Auch die Einführung von Bachelor- (BA) und Master- (MA) -Studiengängen führt zu mehr sozialer Auslese: 80 Prozent der Studierenden sollen nach dem verschulden, entwissenschaftlichten BA die Hochschule verlassen; 20 Prozent dürfen zwei bis vier Semester dranhängen und den MA machen. Übergangshürden werden Noten, die Zugehörigkeit zu den Besten eines Jahrgangs und wohl auch Studiengebühren sein. Alles Kriterien, die Menschen aus niedrigeren sozialen Schichten benachteiligen.

## Chancengleichheit jetzt!

### BAFöG-Ausbildungsförderung für mehr Chancengleichheit

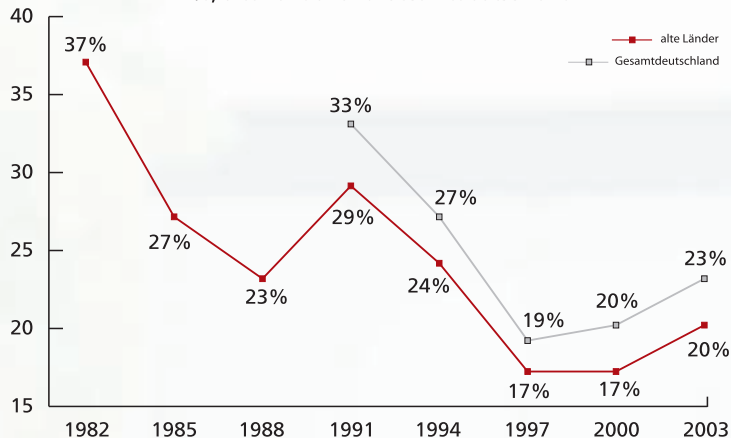
Ein wichtiges materielles Element zur Verwirklichung von Chancengleichheit stellt die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) dar. BAFöG schafft zumindest teilweise die finanziellen Voraussetzungen für ein Hochschulstudium für Kinder aus finanziell schwächeren Familien. Das BAFöG wurde 1971 eingeführt, um den Zugang zu höherer Bildung nicht vom Einkommen der Eltern abhängig zu machen. Damals wurden noch 45 Prozent aller Studierenden nach BAFöG gefördert und mussten nichts zurück zahlen.

In der Endphase der sozialliberalen Koalition, vor allem aber in den Jahren der Regierung Kohl (1982 –1998) ging der Anteil der Geförderten stark zurück.



## Anteil der nach BAFöG Geförderten unter den Studierenden

in %, alte Länder und Gesamtdeutschland



Quelle: 17. DSW-Sozialerhebung 2004, S. 2335f. / 15. DSW-Sozialerhebung 1998

Dies war vor allem Folge der Umstellung des BAFöGs von einer Zuschussförderung auf eine Darlehensförderung im Rahmen des Bildungskahlschlags 1982.

Außerdem wurden die Einkommens- und Vermögensgrenzen während der Regierung Kohl nicht erhöht. Durch die Wiedervereinigung stieg 1990/91 die Zahl der Geförderten einmalig stark an, um dann wieder zu fallen. Seit 1990 wird BAFöG zur Hälfte als Darlehen und zur Hälfte als Zuschuss gewährt.

1998, zum Ende der Regierung Kohl, erreichte der Anteil der Bafög-BezieherInnen an den Studierenden mit knapp 14 Prozent den Tiefpunkt. Durch die BAFöG-Reform der rot-grünen Bundesregierung 2000 stieg die Zahl der Geförderten wieder an (auf knapp 20 Prozent). Die Fördersätze und die Freibeträge wurden deutlich erhöht, der Darlehensanteil auf maximal 10.000 Euro begrenzt.

Außerdem wird seit der Reform ein Studium im Ausland unter bestimmten Bedingungen gefördert; erstmals bekommen angehende Industrie- und HandwerksmeisterInnen eine Bafög-Förderung, auch für SchülerInnen gab es Verbesserungen. Weil aber seit 2000 die Bafög-Sätze und -freibeträge nicht mehr erhöht wurden, ist die Quote jetzt wieder leicht rückläufig.

2005 zog die Union mit dem Ziel in den Bundestagswahlkampf, das BAFöG komplett abzuschaffen und durch Studienkredite zu ersetzen. In der großen Koalition konnte die SPD dies verhindern. Derzeit (März 2007) setzt sich die

SPD für eine Erhöhung der BAföG-Sätze ein. Steigen allerdings nicht auch die Freibeträge, droht das BAföG auf kaltem Wege abgeschafft zu werden, weil immer weniger Studierende Anspruch auf Förderung haben. Die Jusos fordern schon seit Jahren eine deutliche Erhöhung der Freibeträge und der Fördersatzes. Beim BAföG gibt es mehrere Probleme: In kaum einem Studiengang ist es möglich, das Studium innerhalb der Regelstudienzeit abzuschließen. Bei vielen Fachrichtungen sind die durchschnittlichen Studienzeiten wegen der schlechten Studienbedingungen bis zu vier Semester länger. Nach der Regelstudienzeit endet aber die BAföG-Förderung. Nötig wäre eine Angleichung der Förderungshöchstdauer an die durchschnittlichen Studienzeiten. Aber auch die Elternabhängigkeit der Studienfinanzierung an sich ist oftmals ein Problem: Eltern, die ohne Probleme ein Studium finanzieren können, wollen ihren Kindern häufig vorschreiben, was sie studieren sollen oder sind trotz finanzieller Leistungsfähigkeit nicht willens, ihren Kindern ein Studium zu finanzieren. Zwar bleibt den Kindern formal der Klageweg, aus verständlichen Gründen schlägt ihn jedoch kaum jemand ein. Deshalb muss das System des BAföG

grundlegend verändert werden. Ein neues Modell sollte

Elternunabhängigkeit, Verteilungsgerechtigkeit sowie realistische Förderzeiten und Bedarfssätze garantieren, Auslandsaufenthalte ermöglichen und als Vollzuschuss gewährt werden. Wir sind der Auffassung, dass dies am besten durch eine elternunabhängige Vollzuschussförderung erreicht werden kann. Im Zuge der Einführung von Studiengebühren haben viele Gebühren-Fans gefordert, der Bund solle die BAföG-Förderung um den Betrag der Studiengebühren erhöhen. Dies lehnen wir ab. Das BAföG ist eine Ausbildungsförderung, die der Bund bezahlt. Es dient nicht dazu, Geld in die Kassen der Länder umzuleiten, damit diese sich wie Bayern mit ausgeglichenen Haushalten auf Kosten des Bundes brüsten können. Wenn die Gebühren-BefürworterInnen wollen, dass BAföG-EmpfängerInnen nicht schlechter gestellt werden, dann sollen sie diese von den Studiengebühren befreien, statt ein höheres BAföG zu fordern, das den Studierenden nicht zu Gute käme.



## Das Drei-Körbe-Modell

Der Anteil von Kindern aus bildungsferneren Schichten wird sich wohl erst dann deutlich erhöhen, wenn es eine strukturelle BAföG-Reform gibt, wozu bereits Vorschläge gemacht wurden. Das Deutsche Studentenwerk hat das Drei-Körbe-Modell in die Debatte geworfen, das unseren Anforderungen am ehesten entspricht und Unterstützung von der GEW, dem Freien Zusammenschluss der Studierendenschaften (fzs) und den Jusos und Juso-Hochschulgruppen findet. Es war vor der Bundestagswahl 1998 auch von der SPD favorisiert worden.

Die grundlegenden Inhalte dieses Modells sind eine einkommensunabhängige Sockelförderung für alle Studierenden durch die Zusammenführung der Bestandteile des Familienlastenausgleichs (Korb 1) und eine einkommensabhängige Aufbauförderung (Korb 2).

Mit Korb 1 tritt anstelle der bisherigen direkten und indirekten Leistungen an die Eltern von Studierenden nach dem Familienlastenausgleich (Kindergeld, Steuerfreibeträge etc.) ein einheitlicher, vom Einkommen der Eltern unabhängiger Sockelförderbetrag. Dieser wird direkt an alle Studierenden ausbezahlt und ermöglicht ihnen somit die größere Unabhängigkeit und Eigenständigkeit. Der Sockelbetrag sollte etwa 130 bis 150 Euro betragen.

Darauf aufbauend wird mit Korb 2 eine einkommensabhängige Aufbauförderung gewährt. Die Förderung aus Korb 1 und 2 muss bedarfsdeckend sein. Die Förderung muss deshalb sowohl an den Bedarf der Studierenden (Ermittlung eines „studentischen Warenkorb“) als auch regelmäßig an die Lebenshaltungskosten angepasst werden.

Korb 3 soll eine Studienabschlussförderung in Form eines unverzinsten Darlehens gewähren.

Diese grundlegende Reform des BAföGs nach dem Drei-Körbe-Modell wurde von der rot-grünen Bundesregierung auf Eis gelegt, nachdem Kanzler Schröder sein Veto dagegen einlegte – man dürfe doch den Familien das Kindergeld nicht wegnehmen, da das zum Häuslebauen einkalkuliert sei. Seitdem wurde keine grundlegende BAföG-Reform mehr angegangen (außer dem Versuch der Abschaffung durch CDU, CSU und FDP). Wir halten aber das Drei-Körbe-Modell oder eine weitergehende Reform weiterhin für notwendig. Ein funktionierendes BAföG ist eine Grundvoraussetzung zur Verwirklichung von Chancengleichheit.

## BAföG – ein paar praktische Infos (Stand März 2007)

Vorweggenommen: BAföG-Recht ist kompliziert. Ob und wieviel BAföG jemand erhält, muss individuell ermittelt werden. Daher lassen sich allenfalls grobe Faustregeln geben. Es empfiehlt sich, einfach einen Antrag auf Förderung nach BAföG zu stellen. Dies geschieht mit Formblättern beim BAföG-Amt der jeweiligen Hochschule. Schlimmstenfalls wird der Antrag abgelehnt. Nur so kann man aber sicher gehen, keinen BAföG-Anspruch zu „verschenken“.

Die Höhe der BAföG-Zahlungen richtet sich nach dem Einkommen der Eltern (bei Verheirateten nach dem Einkommen des Ehegatten). Das Vermögen der/des Studierenden bleibt bis zu einem Betrag von 5200 Euro anrechnungsfrei. Was darüber hinausgeht, muss zur Ausbildungsfinanzierung herangezogen werden und verringert die Zahlungen nach BAföG. Ebenso ist das Einkommen der/des Studierenden aus Nebenjobs bis zu rund 4200 Euro pro Jahr anrechnungsfrei. Was darüber hinaus verdient wird, wird vom BAföG-Anspruch abgezogen.

Die Angaben zu Vermögen und Einkommen werden von den BAföG-Ämtern mit den Daten des Finanzamtes und indirekt der Banken abgeglichen. Wer falsche Angaben macht, wird wahrscheinlich erwischt und macht sich strafbar!

Die BAföG-Förderung wird zur Hälfte als Zuschuss und zur Hälfte als nichtverzinsliches Darlehen ausbezahlt. Die Höhe des zurückzuzahlenden Betrags kann sich durch überdurchschnittliche Abschlussnoten, besonders schnelles Studium, bei Kindererziehung oder bei der Rückzahlung des Darlehens in einer Summe verringern. Maximal müssen 10 000 Euro (plus eventuell in Anspruch genommene Bildungskredite) zurückbezahlt werden.

Die Förderungshöchstdauer entspricht meist der Regelstudienzeit des gewählten Studienganges. Ausbildungsförderung nach einem Fachrichtungswechsel kann nur gewährt werden, wenn dieser aus wichtigem Grund („Neigungswandel“, „Eignungsmangel“) spätestens zu Beginn des vierten Semesters erfolgte. Die bis dahin abgelegten Semester werden auf die Förderungshöchstdauer angerechnet.

Wenn sich die Eltern weigern, Unterhalt zu zahlen, kann BAföG zunächst als Vorausleistung gezahlt werden. Das BAföG-Amt macht dann seinerseits gerichtlich Unterhaltsansprüche an die Eltern geltend.

Zum Sommersemester 2007 hat auch Bayern Studiengebühren eingeführt. Diese betragen an allen Universitäten und Fachhochschulen 500 Euro<sup>5</sup> je Semester. Hinzu kommt der Studentenwerksbeitrag (ab dem Wintersemester 2007/08 überall 42 Euro), der Verwaltungs-kostenbeitrag (50 Euro) und eventuell noch ein Semesterticket.

### Studiengebühren fördern die soziale Selektion

Erfahrungen aus anderen Staaten belegen, dass Studiengebühren dazu führen, dass viele Kinder aus Haushalten mit geringem Einkommen, die die Hochschulreife haben, trotzdem nicht studieren. In Österreich ist beispielsweise unmittelbar nach der Einführung von Studiengebühren die Zahl der Erstsemester um 20 Prozent eingebrochen – die meisten derjenigen, die kein Studium begannen, kamen aus Haushalten mit niedrigem Einkommen. Und obwohl mittlerweile wieder genauso viele Menschen studieren wie vor Einführung der Studiengebühren, liegt der Anteil der Studierenden aus Haushalten mit niedrigem Einkommen deutlich niedriger als vor der Einführung von Studiengebühren.

BefürworterInnen von Studiengebühren verweisen gerne darauf, dass in Ländern mit Studiengebühren wie den USA oder Großbritannien trotzdem mehr Kinder aus ArbeiterInnenhaushalten studierten als in Deutschland. Dabei unterschlagen sie, dass dies nicht an den Studiengebühren,

<sup>5)</sup> Davon gibt es nur wenige Ausnahmen, so zahlen beispielsweise Studierende der Ludwig-Maximilians-Universität München im Sommersemester 2007 und im Wintersemester 2007/08 den Mindestbetrag von 300 Euro, an der Universität Bamberg kostet das 1. Semester 300 Euro, ab dem 2. Semester werden dann 500 Euro-fällig. An FHs schreibt das Gesetz eine Studiengebühren-Mindesthöhe von 100 Euro, an Unis und Kunsthochschulen von 300 Euro vor. Der Maximalbetrag ist 500 Euro Semester.



sondern am Schulsystem liegt: In den USA wie in Großbritannien erreichen mehr ArbeiterInnenkinder die Hochschulreife als in Deutschland. Viele der Kinder, die dort die Hochschulreife erreichen, können aber kein Studium aufnehmen, weil sie sich die Gebühren nicht leisten können. Deshalb wollen einige DemokratInnen in den USA Studiengebühren abschaffen und die Hochschulen finanzieren wie in Deutschland – während deutsche PolitikerInnen erzählen, in den USA sei die Hochschulfinanzierung viel gerechter als bei uns.

Schon heute müssen viele Studierenden neben dem Studium arbeiten. Laut Sozialerhebung des Studentenwerks arbeiten 37 Prozent der Studierenden, weil sie sonst ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können. Wenn nun noch Studiengebühren dazu kommen, dann werden viele von diesen Studierenden ihr Studium abbrechen. Erste Zahlen über die Rückmeldungen zum Sommersemester 2007 deuten darauf hin, konkrete Ergebnisse liegen allerdings derzeit (März 2007) noch nicht vor.

Um dieses Problem zu umgehen, wurden in Bayern die sogenannten „Studienbeitragsdarlehen“ eingeführt. Dabei erhalten Studierende das Studium auf Kredit und müssen die Gebühren nach dem Studium zurückzahlen. Untersuchungen zeigen aber: Der Effekt ist der gleiche. Denn Menschen, die aus gering verdienendem Elternhaus kommen, haben Scheu davor, Schulden aufzunehmen. Wer startet schon gern mit einem Schuldenberg ins Erwerbsleben – zumal auch AkademikerInnen von Arbeitslosigkeit betroffen sind und auch dies wieder von der sozialen Herkunft abhängt. Bisher wurde das Studienbeitragsdarlehen aus diesem Grund kaum in Anspruch genommen.

## Studiengebühren – kein Gebot der Gerechtigkeit!

Beliebt ist bei den Studiengebühren-BefürworterInnen auch die These, wenn es keine Studiengebühren gebe, müsse die wenig verdienende Putzfrau das Studium für die zahlen, die später als AkademikerInnen ein hohes Einkommen hätten.

Zurück geht diese These auf eine Studie des heutigen Rektors der Erlanger Universität, Karl-Dieter Gröske, aus dem Jahre 1994. Gröske hatte untersucht, wie viel der Staat für die Hochschulen ausgibt und wie viel davon AkademikerInnen über Steuern wieder „zurückzahlen“ – und kam zu dem Schluss, dass die zusätzliche Steuerleistung von AkademikerInnen aufgrund ihres höheren Einkommens geringer sei als die Kosten eines Studiums und dass deshalb Studiengebühren notwendig seien, um die Gerechtigkeit wiederherzustellen.

Die Studie von Gröske hat aber eine ganze Reihe von methodischen Mängeln. Der wichtigste: Gröske nimmt an, dass immer ein bestimmter Teil dessen, was jedeR an Steuern zahlt, vom Staat für die Hochschulen ausgegeben wird. Dadurch sorgt Gröske aber dafür, dass er immer – unabhängig davon, wie viel Steuern AkademikerInnen zahlen – eine Umverteilung von Nicht-AkademikerInnen zu AkademikerInnen belegen kann. Denn selbst wenn 95 Prozent der Kosten einer Hochschule über Studiengebühren bezahlt würde – die restlichen 5 Prozent würden bei Gröskes Annahme auch von Nicht-AkademikerInnen aufgebracht, woraus nach Gröske eine negative Umverteilungswirkung folgen würde.

Seriös wäre gewesen, alle Ausgaben des Staates für Bildung (also auch für Schulen etc.) in die Berechnung einzubeziehen – dann hätte Gröske seine These aber nicht halten können.

Seriösere Untersuchungen – so von Wohlfahrt/Sturn 2000 für das Deutsche Studentenwerk – kommen zu anderen Ergebnissen. Weil AkademikerInnen aufgrund ihres höheren Einkommens gerechterweise auch höhere Steuern zahlen, finanzieren sie ihre Ausbildung auch selbst.

Schon nach knapp zehn Jahren haben AkademikerInnen so viel mehr Steuern gezahlt als NichtakademikerInnen, dass sich die Ausbildung für den Staat „rentiert“ hat.

## Keine bessere Ausstattung der Universitäten!

Studiengebühren-BefürworterInnen erklären gerne, mit Studiengebühren könnten die Hochschulen besser ausgestattet werden. So ließen sich zusätzliche TutorInnen beschäftigen, Hörsäle und Seminarräume könnten modernisiert, neue Geräte angeschafft werden.

Dies stimmt für Bayern so nur auf den ersten Blick. Zwar werden derzeit wieder mehr Stellen in der Lehre geschaffen. Dies sind aber genau die Angebote, die nach dem Kürzungshaushalt der CSU 2004 an den Hochschulen wegfielen. Es entstehen also keine neuen Angebote, sondern es werden hauptsächlich nur die alten wieder eingeführt. Nicht zufällig entspricht der Betrag von 500 Euro multipliziert mit der Zahl der Studierenden fast exakt der Summe, die den Hochschulen 2004 weggenommen wurde.

Erfahrungen in anderen Ländern zeigen außerdem, dass bei zusätzlichem Finanzbedarf für die Hochschulen nicht die staatlichen Mittel, sondern die Studiengebühren drastisch steigen. In Großbritannien wurden (leider durch eine Labour-Regierung) die Finanzierungsprobleme der Universitäten dadurch gelöst, dass die Universitäten nun bis zu 3.000 Pfund statt zuvor bis zu 1.000 Pfund pro Jahr verlangen dürfen. Fast alle Universitäten haben diese Erhöhung dann auch vorgenommen, weil sie sonst pleite gegangen wären.

Ähnliches zeichnet sich in Bayern auch ab. Der ehemalige Präsident der HochschulrektorInnenkonferenz, Gaetgens, sprach von bis zu 2.000 Euro Studiengebühren im Semester. Der Präsident eines großen Wirtschaftsforschungsinstituts rechnet mit Gebühren von 2.500 Euro je Semester. Nur so ließe sich das Lehrangebot bei den steigenden Studierendenzahlen aufrechterhalten. Von besserer Ausstattung ist da keine Rede.

Natürlich ist klar: Die Hochschulen brauchen eine bessere Ausstattung.

Übrigens nicht nur sie, sondern auch die Kindertagesstätten, die Schulen und die Weiterbildungseinrichtungen. Studiengebühren schaffen aber das dazu notwendige Geld nicht heran. Nötig ist der politische Wille, Bildungseinrichtungen ausreichend zu finanzieren. Und der gerechteste Weg, dies zu tun, ist über Steuern. Dazu brauchen wir ein Steuersystem, in dem jedeR nach seiner/ihrer Leistungsfähigkeit zahlt. Wenn dies geschafft ist, dann ist auch genug Geld für das Bildungssystem da.

### **Studiengebühren:**

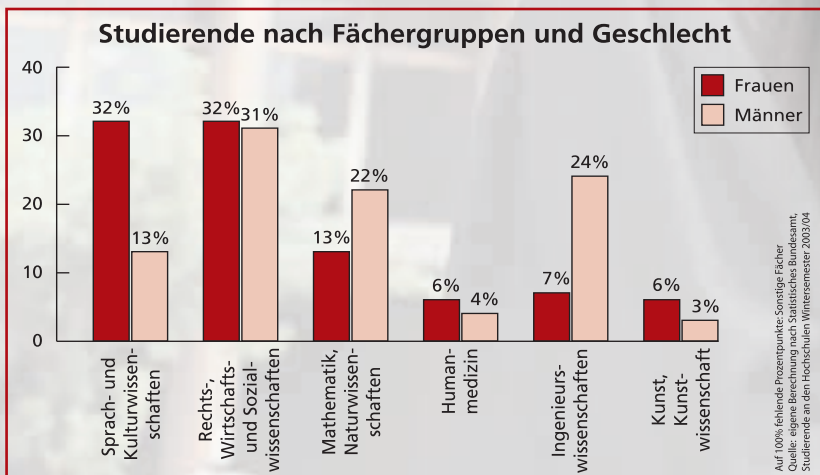
#### **Ziel ist eine andere Gesellschaft!**


Vielen StudiengebührenbefürworterInnen (vor allem aus Politik und Wirtschaft) geht es gar nicht darum, „mehr Gerechtigkeit“ oder „bessere Studienbedingungen“ zu schaffen. Diesen Zielen werden Studiengebühren ja auch gar nicht gerecht. Hinter der Forderung nach Studiengebühren steht häufig der Wunsch nach einer anderen Gesellschaft: Jeder Mensch soll als eine Art „Ich-Unternehmer“ handeln. Er soll in seine Arbeitskraft investieren, beispielsweise indem er ein Studium, eine Berufsausbildung oder auch die Schulbildung kauft (der Verband der bayerischen Wirtschaft fordert die Privatisierung der Schulen, Ex-HRK-Präsident Gaethgens spricht von Schulgeld). Nach dieser Investition muss er dann die so verbesserte Arbeitskraft auf dem Markt verkaufen. Wer das nicht schafft, ist selber schuld. Er hat halt falsch investiert.

Als Sozialistinnen und Sozialisten setzen wir Jusos diesem Gesellschaftsbild eine andere Vorstellung entgegen: Für uns ist jeder Mensch mehr als nur eine Arbeitskraft. Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede und jeder so leben kann, wie sie oder er sich das vorstellt. Dazu gehört auch, dass jedeR das lernen kann, was er/sie möchte. Deshalb ist für uns der kostenfreie Zugang zu jeder Form von Bildung – vom Kindergarten bis zum SeniorInnenstudium – elementar. Statt auf Konkurrenz setzen wir auf Solidarität.

## Mehr Frauen in Forschung und Lehre

Obwohl Frauen an den bayerischen Hochschulen fast genauso stark wie Männer vertreten sind, ist die Wahl des Studienfachs immer noch stark vom Geschlecht abhängig: Bei den Ingenieurs- und Naturwissenschaften sind Frauen stark unterrepräsentiert (29 Prozent Frauen, 71 Prozent Männer), während sie den Großteil der Sprach- und Kulturwissenschaftsstudierenden stellen (70 Prozent Frauen, 30 Prozent Männer), also in den Fächern, die am meisten vom Kürzungswahn der Länderregierungen betroffen sind. Die geschlechtsspezifische Studienfachwahl hat natürlich auch Auswirkungen auf die späteren Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten. Soziale Berufe, in denen Frauen stark überrepräsentiert sind, sind schlechter bezahlt und stark von Mittelkürzungen und „Rationalisierungsmaßnahmen“ betroffen. Insgesamt gesehen erhalten Arbeitnehmerinnen nur 70 Prozent des Einkommens von Arbeitnehmern. Die geschlechtsspezifische Studienfachwahl und ihre Folgen müssen thematisiert und überwunden werden. Dazu müssen in der Gesellschaft auch alte Zöpfe abgeschnitten und tradierte Geschlechterrollen in Frage gestellt werden. Einen Beitrag dazu können Frauenforschung und Gender Studies leisten. Hochschulen haben den Auftrag, Gesellschaftsprozesse kritisch zu hinterfragen und die Gesellschaft in ihrer demokratischen und solidarischen Entwicklung voranzubringen. Im Rahmen der Gleichstellung (und somit auch Gleichheit) von Mann und Frau haben sie hier auch einen klaren wissenschaftlichen Auftrag, den sie im Rahmen der Gender Studies und der Frauenforschung erfüllen müssen.





Frauen haben seit jeher aktiv am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilgenommen und es mitbestimmt, wurden aber in den unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen weitgehend vernachlässigt. Die historisch geschaffenen Differenzen zwischen den Geschlechtern waren und sind wesentlich einflussreicher auf das Leben von Frauen als die biologischen Unterschiede. Die traditionelle wissenschaftliche Forschung richtete ihr Interesse vor allem auf Männer und patriarchalisch geprägte Wertesysteme. Sie arbeitete mit Begriffssystemen, die von Männern entworfen wurden und die für diese galten und immer noch gelten. Daher müssen die wissenschaftlichen Ergebnisse durch die Frauen und Geschlechterforschung ergänzt werden. Bayern bildet in diesem Bereich wieder einmal das Schlusslicht. Damit mehr qualifizierte Frauen promovieren können, müssen der Staat und die Deutsche Forschungsgesellschaft spezielle Förderpläne erarbeiten. Außerdem müssen Quotenregelungen getroffen werden. Im jetzigen System werden Frauen nämlich strukturell benachteiligt. Die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen werden von zumeist männlichen Profs eingestellt, in den Berufungskommissionen machen sich Männerseilschaften bemerkbar. Teilweise müssen Promotionsstudierende Lehrveranstaltungen ohne Bezug zu ihrem Dissertationsthema besuchen. Dadurch verlängert sich die Promotionsdauer unnötig – ein Nachteil gerade für die Lebensplanung von Frauen. Die akademische Qualifikationsphase fällt in der Regel in die Zeit, in der Frauen vor der Frage stehen: Kinder oder Karriere – denn beides ist noch immer schwer vereinbar. Dabei ist Kindererziehung nicht alleinige Aufgabe der Frauen. Die Väter müssen sich im gleichen Umfang daran beteiligen. Neben dieser gesellschaftlichen Veränderung müssen bedarfsdeckende Betreuungsmöglichkeiten und Förderprogramme (z.B. das Bund-Länder-Programm HWP, das 2006 ausgelaufen ist) dafür sorgen, dass Wissenschaftlerinnen (und im Übrigen auch Wissenschaftler) auch mit Kindern weiter arbeiten und sich qualifizieren können. Die Mittel für derartige Maßnahmen müssen dringend aufgestockt werden und dürfen auf keinen Fall der Sparwut einzelner Regierungen zum Opfer fallen. Kontakt- und Wiedereinstiegsstipendien können Frauen enorm helfen, während und nach der Elternzeit den Anschluss an die wissenschaftliche Entwicklung zu behalten. Nicht nur aus gleichstellungspolitischen Gründen drängen wir weiter auf die Abschaffung der Habilitation. Wissenschaftliche und pädagogische Eignung, die beide für eine Professur notwendig sind, können auch anders gezeigt und erlernt werden, z.B. über den Weg der Juniorprofessur. Gerade Frauen, die seltener als Männer Stellen für Promotionen oder Habilitationen an den Hochschulen erhalten, leisten wissenschaftliche Arbeiten außerhalb der Hochschulen. Solche Qualifikationen müssen dazu berechtigen, auch an Hochschulen zu lehren und zu forschen.

# AnsprechpartnerInnen und Links

Für eine gute Bildungspolitik brauchen wir Mitstreiterinnen und Mitstreiter, denn von alleine ändert sich nichts. Wir müssen für unsere Ziele kämpfen. Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten tun dies in und mit der SPD, denn: Politik ist, was wir draus machen. Wenn du auch etwas verändern willst, schau doch mal bei den Jusos vorbei. Wir sind auch an den Schulen und Hochschulen organisiert! Kontaktadressen für Jusos in deiner Umgebung bekommst du hier:

**JungsozialistInnen in der SPD (Jusos) – Landesverband Bayern**  
**Oberanger 38/III, 80331 München**  
**Tel.: 089 / 23 17 11 - 37**  
**Fax: 089 / 23 17 11 - 39**  
**E-Mail: [buero@jusos-bayern.de](mailto:buero@jusos-bayern.de)**  
**Homepage: [www.jusos-bayern.de](http://www.jusos-bayern.de)**



## Juso-SchülerInnen Bayern

Auch wir Schülerinnen und Schüler wollen an unseren Schulen aktiv werden und mitbestimmen. Wir beschäftigen uns hauptsächlich mit Bildungspolitik und treten dabei für Chancengleichheit, kostenfreien Zugang zur Bildung und ein schülerorientiertes Bildungssystem ein. Außerdem geben wir in unregelmäßigen Abständen die „Bravda“, unsere SchülerInnen-Zeitung heraus, sind regelmäßig beim SchülerInnenkongress „Basis“ vertreten, bereiten Seminare zu verschiedenen Themen wie „Traumschule“ vor und treffen uns mit anderen Juso-SchülerInnen, um unsere Erfahrungen auszutauschen.

Wir kämpfen zusammen mit den SMVen und den Schülerzeitungen für demokratische Schulen, für mehr Mitbestimmung und Anhörungsrecht für SchülerInnen in Bayern und Gleichberechtigung an Schulen. Wir setzen uns ein gegen zusätzliche Belastungen für Eltern, wie z.B das Büchergeld, die soziale Selektion an Schulen noch mehr verschärfen. Damit unsere Forderungen auch Gehör finden, tragen wir sie in die Öffentlichkeit.

Wenn du Interesse an unserer Arbeit hast, melde dich doch bei uns – wir freuen uns auf dich!

### Kontakt zu den Juso-SchülerInnen:

**Daniel Illauer:** [daniel.illauer@jusos-bayern.de](mailto:daniel.illauer@jusos-bayern.de)

**Lisa Welne:** [lisa.welne@jusos-bayern.de](mailto:lisa.welne@jusos-bayern.de)

**Tom Amir:** [tom.amir@jusos-bayern.de](mailto:tom.amir@jusos-bayern.de)

**Eva Leutheuser:** [eva.leutheuser@jusos-bayern.de](mailto:eva.leutheuser@jusos-bayern.de)



## Juso-Hochschulgruppen in Bayern

Juso-Hochschulgruppen gibt es an allen bayerischen Unis und an einigen FHs. Wir arbeiten in den Studierendenvertretungen und in akademischen Gremien sowie bei vielen organisationsübergreifenden Bündnissen mit. Darüber hinaus treffen wir uns regelmäßig beim Landeskoordinierungstreffen (LKT). Dieses greift bildungs- und hochschulpolitische Fragestellungen auf, kümmert sich aber auch um allgemeinpolitische Themen. Das LKT ist für alle Interessierten offen.

### Kontakt zum LKT:

**Thomas Lörner:** [thomasloerner@gmx.de](mailto:thomasloerner@gmx.de)

**Katharina Ullmann:** [buerer@jusos-bayern.de](mailto:buerer@jusos-bayern.de)

[www.rote-uni.de](http://www.rote-uni.de)

**Juso-Hochschulgruppe Augsburg:** [www.student.uni-augsburg.de/~jusohsg](http://www.student.uni-augsburg.de/~jusohsg)  
[augsburg@rote-uni.de](mailto:augsburg@rote-uni.de)

**Juso-Hochschulgruppe Bamberg:** [www.jusohsg-bamberg.de](http://www.jusohsg-bamberg.de)  
[bamberg@rote-uni.de](mailto:bamberg@rote-uni.de)

**Juso-Hochschulgruppe Bayreuth:** [www.jusosuni-bayreuth.de](http://www.jusosuni-bayreuth.de)  
[bayreuth@rote-uni.de](mailto:bayreuth@rote-uni.de)

**Juso-Hochschulgruppe Eichstätt:** [www.ku-jusos.de](http://www.ku-jusos.de)  
[eichstaett@rote-uni.de](mailto:eichstaett@rote-uni.de)

**Juso-Hochschulgruppe Erlangen-Nürnberg:** [www.jusos-fau.de](http://www.jusos-fau.de)  
[erlangen@rote-uni.de](mailto:erlangen@rote-uni.de)

**Juso-Hochschulgruppe Hof:** [hof@rote-uni.de](mailto:hof@rote-uni.de)

**Juso-Hochschulgruppe München (GSU/TU/FH):** [www.jusos-muenchen.de](http://www.jusos-muenchen.de)  
[muenchen@rote-uni.de](mailto:muenchen@rote-uni.de)

**Juso-Hochschulgruppe Passau:** [www.students.uni-passau.de/Juso-HSG/passau@rote-uni.de](http://www.students.uni-passau.de/Juso-HSG/passau@rote-uni.de)

**Juso-Hochschulgruppe Regensburg:** [regensburg@rote-uni.de](mailto:regensburg@rote-uni.de)

**Juso-Hochschulgruppe Würzburg:** [www.juso-hsg-wuerzburg.de](http://www.juso-hsg-wuerzburg.de)  
[wuerzburg@rote-uni.de](mailto:wuerzburg@rote-uni.de)

## Hochschulpolitische Links

**[www.abs-bayern.de](http://www.abs-bayern.de)** (bayerisches Aktionsbündnis gegen Studiengebühren)

**[www.abs-bund.de](http://www.abs-bund.de)** (bundesweites Aktionsbündnis gegen Studiengebühren)

**[www.bafoeg-rechner.de](http://www.bafoeg-rechner.de)** (Infos rund ums BAföG)

**[www.bdwi.de](http://www.bdwi.de)** (Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler)

**[www.das-neue-bafoeg.de](http://www.das-neue-bafoeg.de)** (Seiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

**[www.fzs-online.org](http://www.fzs-online.org)** (Homepage des Dachverbands der deutschen Studierendenvertretungen freier Zusammenschluss von studentInnen-schaften fzs)

**[www.gew.de](http://www.gew.de)** (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)

**[www.jusohochschulgruppen.de](http://www.jusohochschulgruppen.de)** (Seite des Bundesverband der Juso-Hochschulgruppen mit Positionen und Infos)

**[www.studentenwerke.de](http://www.studentenwerke.de)** (Seite der deutschen Studentenwerke)

**[www.studentenwerke.de/se/](http://www.studentenwerke.de/se/)** (17. Sozialerhebung des Studentenwerks)

## Luxusgut Bildung?

### Bessere Bildung für Bayern

Bayerns Schulen und Hochschulen sind chronisch unterfinanziert. Mit Verwaltungs- und Studiengebühren sollen die Studierenden nach dem Willen der CSU zur Kasse gebeten werden. Die Lernmittelfreiheit an den Schulen wird von der CSU-Regierung schrittweise abgeschafft.

Bildung verkommt zum Luxusgut. Zukunftschancen junger Menschen hängen immer mehr vom Geldbeutel der Eltern ab. Das ist die Bilanz von Kultusminister Schneider und Wissenschaftsminister Goppel.

### Wir wollen:

#### **Keine Studiengebühren – Das Studium muss kostenlos bleiben**

damit Chancengleichheit auch an den Hochschulen eine Zukunft hat. Bildung bestimmt ganz wesentlich über die Möglichkeiten im Leben. Deshalb darf niemand von Informationen und Bildung ausgeschlossen werden. Erfahrungen aus anderen Staaten belegen eindeutig, dass Studiengebühren dazu führen, dass viele Kinder aus Haushalten mit geringem Einkommen trotz Hochschulreife nicht studieren. Das Studium muss deshalb kostenlos bleiben.

#### **Lernmittelfreiheit statt Büchergeld**

damit die steigende Belastung der Familien gestoppt wird. Eltern zahlen heute schon für die Schulausbildung ihrer Kinder nicht nur über Steuern. Das Büchergeld führt vor allem in Familien mit geringeren Einkommen zu finanziellen Problemen. Die Einführung von Büchergeld ist für die CSU nur der erste Schritt, die Lernmittelfreiheit abzuschaffen.

#### **Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen!**

damit die notwendigen Verbesserungen – kleinere Klassen, mehr Lehrerinnen und Lehrer, bessere Schulförderung und Entlastung der Eltern – ausreichend finanziert werden. Dazu wollen wir die Staatsausgaben in Bayern für Schule und Bildung um 1 Milliarde Euro innerhalb von 5 Jahren erhöhen.

# Weitere Materialien

zum Thema Bildung

Faltblätter zur Schulpolitik:



Faltplakat:



Postkarten:



Die Publikationen zum Thema Bildung könnt ihr (kostenlos) bei uns bestellen.



**JungsozialistInnen in der SPD (Jusos)  
Landesverband Bayern  
Oberanger 38/III**

**80331 München**

# **Mach mit!** *Mach's besser: Gemeinsam etwas ändern – Mitbestimmen statt bestimmt werden!*

## **Wer sind die Jusos und wofür setzen sie sich ein?**

Bei den Jusos treffen sich junge Menschen zwischen 14 und 35 Jahren, die über Politik reden und sich aktiv einmischen wollen.

In letzter Zeit wurde viel von Politikverdrossenheit gerade bei jungen Menschen gesprochen und geschrieben. Viele Menschen sind unzufrieden und mit dem, was die PolitikerInnen in München, Berlin und anderswo machen, nicht einverstanden.

Wir sind der Meinung: Motzen allein bringt nichts, besser machen ist gefragt! Denn wer sich nicht einmischt, überlässt die Politik denen, die sie schlecht machen.

Wir Jusos kämpfen als Arbeitsgemeinschaft der SPD für eine fortschrittliche und sozial gerechte Politik.

---

## **Ich will**

- Politik selbst verändern und deshalb Mitglied bei der SPD werden.
- Ich bin jünger als 35 Jahre und will bei den Jusos aktiv werden.

## **Ich möchte Info-Material über**

- die Jusos in der SPD
- zum Thema Bildung
- folgende Themen:
- Sonstiges:

Schicke einfach diese Postkarte an uns oder nimm per Telefon, E-Mail oder Internet Kontakt zu uns auf:

**JungsozialistInnen in der SPD (Jusos) – Landesverband Bayern**

**Oberanger 38/III, 80331 München**

**Tel.: 0 89 / 23 17 11-37, Fax: 0 89 / 23 17 11-39**

**E-Mail: buero@jusos-bayern.de; Homepage: www.jusos-bayern.de**